

Gewalteskalation in der Kabylei

Seit Dezember 2013 erlebt Ghardaïa in der Provinz Mzab rund 600 Kilometer südlich von Algeriens Hauptstadt Algier heftige Unruhen. Mindestens acht Menschen wurden seither getötet, mehrere hundert verletzt. Erst Anfang April entlud sich eine erneute Welle der Gewalt in der mehrheitlich von Mozabiten, einer zu den Berbern zählenden Volksgruppe, bewohnten Provinz. Sunnitische Araber des Chambaa-Stammes und Mozabiten gingen dabei immer wieder aufeinander los, zündeten Wohnhäuser und Geschäfte an und verwüsteten einen Friedhof. Wurden die blutigen Ereignisse im Dezember noch von der Regierung heruntergespielt und ignoriert, reisten im Februar Innenminister Tayeb Belaiz und Vertreter des Sicherheitsapparates nach Ghardaïa. Auch die Verlegung von 10000 Gendarmen in die Provinz, die als »Perle des Südens« bekannt ist und zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt, konnte die Lage bisher nicht beruhigen.

Der Konflikt zwischen Sunniten und Mozabiten in Mzab dauert seit Algeriens Unabhängigkeit 1962 an. Damals gewannen die Sunniten die Unterstützung der fortan regierenden Nationalen Heilsfront und attackierten die Mozabiten als reaktionäre Profiteure der alten Kolonialordnung. Konflikte zwischen Berbern und Arabern sind nicht neu in Algerien. Insbesondere unter Präsident Houari Boumedienne, der das Land von 1965 bis 1979 regierte, wurde Öl ins bereits lodernde Feuer gegossen, da unter seiner Regentschaft eine staatlich geförderte sunnitische Islamisierung des Landes voran getrieben wurde. Die Minderheit der Berber forcierte seither ihren Kampf für politische und kulturelle Freiheiten.

Amnesty International beklagt derweil massive Einschränkungen der Meinungsfreiheit im Vorfeld der Wahlen. Die algerischen Behörden hätten ihren Druck auf Regierungsgegner erhöht und gezeigt, daß sie »öffentliche Kritik in keinerlei Hinsicht dulden werden«, erklärte die Menschenrechtsorganisation am Montag. Jegliche Versuche, die Führung herauszufordern, würden »im Keim erstickt«. Obwohl Algerien ein ölreiches Land sei, gebe es anhaltende soziale und wirtschaftliche Unruhen, die durch Korruption, die hohen Lebenshaltungskosten und die hohe Arbeitslosigkeit befeuert würden.

(spn)

<https://www.jungewelt.de/artikel/218571.gewalteskalation-in-der-kabylei.html>